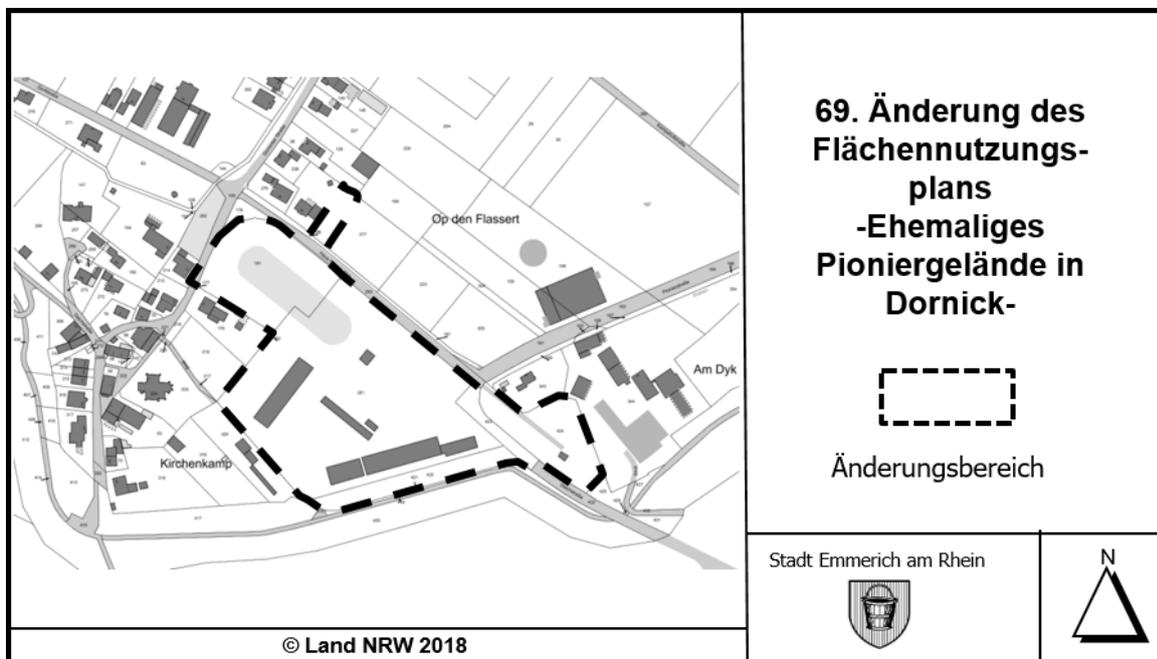


**2022/082 69. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Emmerich am Rhein  
betreffend Umwandlung einer Gemeindebedarfsfläche in eine  
Wohnbaufläche, Gewerbefläche und Grünfläche an der Pionierstraße in  
Dornick  
hier: Bekanntmachung der Genehmigung gemäß § 6 Baugesetzbuch**

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat mit Erlass vom 01.09.2022, AZ 35.02.01.01-25Emm-069-1640, die vom Rat der Stadt Emmerich am Rhein am 05.04.2022 beschlossene 69. Änderung des Flächennutzungsplanes betreffende Umwandlung einer Gemeindebedarfsfläche in eine Wohnbaufläche, Gewerbefläche und Grünfläche gemäß § 6 Baugesetzbuch (BauGB) mit Nebenbestimmungen genehmigt.

Der Bereich der 69. Flächennutzungsplanänderung ist in der nachstehend abgebildeten Planskizze gekennzeichnet.



Mit dieser Bekanntmachung wird die 69. Änderung des Flächennutzungsplanes wirksam.

Der geänderte Flächennutzungsplan liegt mit seiner Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 4 BauGB im Rathaus der Stadt Emmerich am Rhein, Fachbereich 5 -Stadtentwicklung-, Zimmer 225, während der Sprechzeiten (montags bis mittwochs und freitags von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr und donnerstags von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr) zu jedermanns Einsicht aus. Über den Inhalt des Planes wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

**Hinweise:**

- 1) Gemäß § 215 BauGB werden

1. eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
  2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplanes und
  3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, **unbeachtlich**, wenn sie nicht innerhalb **eines Jahres** seit Bekanntmachung der Flächennutzungsplanänderung schriftlich gegenüber der Stadt Emmerich am Rhein, Fachbereich 5 -Stadtentwicklung-, geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.
- 2)** Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 7 Abs. 6 GO NRW eine Verletzung der Verfahrens- und Formschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Änderung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,
- a) Eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
  - b) Die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
  - c) Der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
  - d) Der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Emmerich am Rhein vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Emmerich am Rhein, 20.09.2022

Der Bürgermeister

Peter Hinze